

Nachfolgend ein Interview, das der nds. Innenminister Schönemann heute um 6.20 Uhr dem NDR gegeben hat. Das Interview wie auch der niedersächsische Vorschlag, ein Bleiberecht nur den Kindern zu erteilen, verdeutlichen noch einmal, dass für die niedersächsische Landesregierung nicht humanitäre, sondern fiskalische Argumente ausschlaggebend sind: Die jungen, qualifizierten, hier ausgebildeten Flüchtlinge sollen bleiben, ihre unproduktiven Eltern abgeschoben werden.

gez. Kai Weber

Interview 08.12.2005 06:20

Neues Bleiberecht für Flüchtlinge?

Uwe Schönemann, CDU, Innenminister in Niedersachsen

Uwe Schönemann

Die Innenminister von Bund und Ländern kommen heute in Karlsruhe zusammen, um das Thema Bleiberecht von Flüchtlingen zu klären. Es geht um Schicksale von circa 200.000 Menschen, die rechtlich gesehen in der Luft hängen. Auf dem Tisch liegt unter anderem ein Vorschlag aus Hessen, der vorsieht, Familien, die mindestens sechs Jahre hier sind, ein Bleiberecht zu gewähren. Fragen dazu an Niedersachsens Innenminister Uwe Schönemann von der CDU, er kann dieser Idee nur wenig abgewinnen.

NDR Info: Herr Schönemann, glauben Sie, Sie werden dieses Mal zu einer Lösung kommen?

Schönemann: Es ist grundsätzlich kein neuer Vorschlag, der basiert auf den Vorschlägen aus Nordrhein-Westfalen, auch aus Berlin. Es ist im Kern das, dass diejenigen, die viele Jahre hier geblieben sind, durch Verfahren noch sanktioniert werden. Und auch wenn gesagt wird, dass diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, dass die dann nach sechs Jahren hier bleiben können, das hilft uns auch nicht weiter. Wir haben das berechnet, wenn man mit 45 Jahren 1.500 Euro verdient, und das bis zum fünfundsechzigsten Lebensjahr durchhält, dann hat man einen Rentenanspruch von 325 Euro, mit allen Sozialleistungen, die man dann zusätzlich bekommt, macht das etwa 600 Euro aus. Das heißt, auch diejenigen, die hier ein Niedriglohnarbeitsplatz haben, wenn sie den tatsächlich behalten und nicht arbeitslos werden, dann ist das für die Gesellschaft insgesamt auf jeden Fall eine Belastung.

***NDR Info**:** Sie sagen, der hessische Vorschlag würde quasi diejenigen belohnen, denen es gelungen ist, ihre Ausreise jahrelang hinauszuzögern?

Schönemann: So ist es, wir haben im Moment ein durchschnittliches Asylverfahren von nur noch 21 Monaten und wer es dann schafft über ein Gerichtsverfahren, über andere Winkelzüge, bis zu 10 Jahre hier zubleiben, dann ist das etwas, was wir nicht unterstützen können. Wenn wir es machen würden, durch eine Bleiberechtsregelung, dann würden wir wieder einen Sog erzeugen, den wir Gott sei Dank im Moment abgeschwächt haben, denn wir haben erheblich weniger Asylanträge bekommen.

***NDR Info**:** Was für eine Lösung würde Niedersachsen favorisieren?

Schönemann: Wir sagen, wir haben eine Regelung im Ausländerrecht, die basiert auf diejenigen, die bereits ein Daueraufenthaltsrecht haben. Da haben Kinder über 15 Jahren die Möglichkeit, hier in Deutschland zu bleiben, die Eltern müssen dann allerdings ausreisen. Wir wollen diese bestehende Regelung erweitern auf diejenigen, die nur eine Duldung haben. Deshalb haben wir eine bewährte Regelung, die wir auf Duldung ausweiten und insofern einen sehr praktikablen Vorschlag.

NDR Info: Sollten Flüchtlinge nicht auch endlich arbeiten dürfen, um sich hier zumindest teilweise selbst versorgen zu können?

Schönemann: Es ist möglich, dass sie eine Arbeitsgenehmigung bei der Agentur für Arbeit beantragen, aber wir müssen hier auch europäisches Recht mitbeachten. Da ist völlig klar, dass

Mitglieder aus der Europäischen Union Vorrang haben müssen, also nur da, wo es einen Mangel an Arbeitsplätzen gibt, darf dann eine Genehmigung erteilt werden. Ich glaube, vor dem Hintergrund des Arbeitsmarktes insgesamt in Deutschland, ist das eine Regelung, die wir auf jeden Fall beachten müssen. Aber wenn es Mangelberufe gibt, dann haben sie auch heute schon die Möglichkeit, so eine Genehmigung zu beantragen.

NDR Info: Glauben Sie, dass diese Innenministerkonferenz in Sachen Bleiberecht eine abschließende Regelung bringen wird?

*Schünemann**:* Wir haben aus Niedersachsen einen guten Kompromissvorschlag vorgelegt, ich hoffe, dass wir auf dieser Basis diskutieren. Die anderen Regelungen sind nichts Neues, das hat auch Otto Schily bei der letzten Innenministerkonferenz über die Medien in die Innenministerkonferenz gebracht, sicherlich kein tauglicher Versuch gewesen. Dieses Mal wird es noch keine Einigung geben, aber vielleicht auf der Frühjahrskonferenz, dass wir dann einen Schritt weiter sind.

--

Niedersächsischer Flüchtlingsrat
Langer Garten 23 B
31137 Hildesheim
Tel. 05121 - 15605
Fax 05121 - 31609